

WOHNBEIHILFE: PROBLEME FÜR MIETER

Wer um Wohnbeihilfe ansucht, hat viele Hürden zu überwinden. So ist die zuständige Rechtsabteilung mit der Bearbeitung der Anträge stark in Verzug. Bezugsberechtigte müssen oft monatelang warten, bis sie ihre Beihilfe zugesprochen bekommen.

Um Wohnbeihilfe beziehen zu können, muss der Vermieter auf einem Formular eine „Aufwandsbestätigung“ ausstellen. Es kommt aber immer wieder vor, dass Vermieter die Ausstellung dieses Formulars verweigern und Mieter aus diesem Grund gar nicht um Wohnbeihilfe ansuchen können. Um dieser Praxis einen Riegel vorzuschieben, hat der Landtag auf Antrag der KPÖ der Landesregierung aufgetragen, eine gesetzliche Vorlage auszuarbeiten, um säumige Vermieter mit Sanktionen belegen zu können.

In der Dezembersitzung des Landtages lehnte Landesrat Kurt Flecker (SPÖ) diesen Vorschlag in einer Stellungnahme ab. Ernest Kaltenegger (KPÖ) zu Kurt Flecker: „Sie gehen auf den Auftrag des Landtages in keiner Weise ein! Den Rechtsweg bestreiten bedeutet für die Betroffenen, monatelang auf ihre Wohnbeihilfe warten zu müssen! Viele Mieter werden nicht klagen, weil sie das Geld dazu nicht haben. Ihre Regierungsvorlage ist unakzeptabel!“ KPÖ und Grüne stimmten gegen die Stellungnahme von Flecker.

3 MILLIARDEN EURO FEHLEN

Wohnbau in Gefahr

Ende des Sozialen Wohnbaues in der Steiermark? Unter diesem Titel beantragte die KPÖ im Landtag die Abhaltung einer „aktuellen Stunde“. Ernest Kaltenegger (KPÖ) erinnerte daran, daß sich die Landesregierung seit 1992 schamlos an den Wohnbauförderungsmitteln bedient habe, um Budgetlöcher zu stopfen. Erst 2007 wurden wieder 111 Millionen Euro aus der Rücklage entnommen.

Die Steiermark braucht dringend eine Wohnbauoffensive, um die explodierenden Mietpreise in den Griff zu bekommen“, sagt KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger. Tatsächlich entwickelt sich der Wohnbau in eine bedenkliche Richtung, wie die Alarmrufe des Obmannes des österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen, Karl Wurm, zeigen.

Dieser sagte unlängst, es sei völlig unklar, wie in der Steiermark in fünf Jahren der Wohnbau finanziert werden solle. Denn seit 1992 bedient sich die Politik bei der Wohnbauförderung, um Budgetlöcher zu stopfen. Dem Wohnbau seien auf diese Wei-

se bereits drei Milliarden Euro entzogen worden. Damit hätten 27.000 Wohnungen gebaut werden können. „Damit bestätigen alle Befürchtungen und Warnungen der KPÖ. Zur Deckung des steirischen Landesbudgets wurden Wohnbaumittel abgezogen, die jetzt fehlen. Auch der Verkauf der Wohnbaudarlehen erweist sich als kurzsichtig“, kritisiert Kaltenegger.

Tatsächlich wurden in den Neunzigerjahren noch bis zu 2.740 neue Wohnungen pro Jahr fertig gestellt, 2006 waren es nur noch 1.865. In den Neunzigern gab es außerdem Förderprogramme für bis zu 2.500 Wohneinheiten, derzeit liegt die Steiermark bei 1.400.

MIETPREISE

Für Mietpreise gibt es einen Richtwert (aktueller Stand seit 1. April 2006). Die Steiermark ist dabei eines der teuersten Pflaster in Österreich.

Vorarlberg:	7,01 Euro/m ²
Salzburg:	6,31 Euro/m ²
Steiermark:	6,30 Euro/m²
Tirol:	5,57 Euro/m ²
Kärnten:	5,34 Euro/m ²
OÖ:	4,95 Euro/m ²
NÖ:	4,68 Euro/m ²
Wien:	4,57 Euro/m ²
Burgenland:	4,17 Euro/m ²

Die Folge: Die Nachfrage steigt und damit die Mietkosten. Ein Durchschnittshaushalt muss nun gut 40 Prozent seines Einkommens für eine Mietwohnung zahlen.

Ernest Kaltenegger: „Ohne Zunahme der Wohnbautätigkeit wird es zu einer dramatischen Entwicklung kommen. Wir brauchen eine Zweckbindung der Mittel für den sozialen Wohnbau.“



Viele Wohnbauten werden mit Hilfe der Wohnbauförderung saniert. Wenn diese Möglichkeit genommen wird, droht ein noch stärkerer Anstieg der allgemeinen Mietpreise.

RAT UND HILFE



Mieterschutzverband

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!

www.mieterschutzverband.at